

Grüne Integration: Drin ist drin

Broschüre 16-68

Inhalt

Vorwort.....	1
1. Spracherwerb	2
2. Kita	3
3. Schule	4
4. Berufsausbildung.....	5
5. Arbeitsmarkt.....	6
6. Prävention von (sexueller) Gewalt.....	7
7. Staatsangehörigkeitsrecht	8
8. Partizipation.....	8
9. Kommunale Integration.....	9
10. Integration des Islam.....	10
Adressen.....	11

Vorwort

Zuwanderung ist eine Bereicherung für unser Land. Viele Migrantinnen und Migranten, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben, prägen das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben mit. Aber nicht alle sind in der Gesellschaft angekommen. In Beruf und Ausbildung werden viele Menschen mit Migrationshintergrund bis heute benachteiligt. Es gibt Migrantinnen und Migranten, die sich zu wenig um ihre Weiterbildung und um die Ausbildung ihrer Kinder kümmern.

Ein Einwanderungsland wie Deutschland kann es sich nicht leisten, Menschen mit ausländischen Wurzeln auszugrenzen. Daher wollen wir mit den hier lebenden Migrantinnen und Migranten einen gesellschaftlichen Integrationsvertrag schließen. Das ist Teil des umfassenden Integrationskonzeptes, das die grüne Bundestagsfraktion 2006 entwickelt hat. Zuwanderinnen und Zuwanderer sollen von Beginn als künftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wahrgenommen werden – mit allen Rechten und Pflichten. Denn anders als die große Koalition gehen wir davon aus, dass Integration nur dann funktioniert, wenn Migrantinnen und Migranten über sichere (Aufenthalts)-Rechte verfügen.

Dazu gehört auch die politische Teilhabe. Unser Ziel ist es, dass sich Migrantinnen und Migranten verstärkt einbürgern, als Zeichen, dass sie sich mit Gesellschaft und Staat identifizieren. Es kann nicht sein, dass eine demokratische Gesellschaft auf Dauer ganze Teile ihrer Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung ausschließt. Aber auch die Migrantinnen und Migranten müssen ihren Beitrag leisten zur eigenen Integration.

In dieser Broschüre zeigen wir die zentralen Punkte auf, an denen eine erfolgreiche Integrationspolitik ansetzen muss: von den Sprachkenntnissen und der frühkindlichen Erziehung über die Ausbildung, den Beruf, die Religion und das Zusammenleben in der Familie bis hin zur Teilhabe an Gesellschaft, Staat und Politik. Gute Beispiele gibt es zuhauf – einige besonders gelungene Integrationsprojekte, die wir auf unserer Integrationstour „drin ist drin“ kennen gelernt haben, stellen wir jeweils im Anschluss an unsere politischen Forderungen in dieser Broschüre vor. 21 grüne Bundestagsabgeordnete haben zwischen Juli 2006 und März 2007 in 25 Städten an unserer Integrationstour teilgenommen. Wir haben insgesamt 60 zukunftsweisende Projekte und Institutionen kennengelernt, die mit großem Enthusiasmus an ihre Arbeit gehen. Solche Ansätze müssen besser finanziert, besser vernetzt und bei Erfolg schließlich auch vor Ort verankert werden. Es tut sich was – diesen Elan wollen wir weiter fördern.

Josef Winkler MdB (Sprecher für Migrationspolitik)

1. Spracherwerb

Deutsch muss sein – Sprachkenntnisse als Basis für Integration

Deutsch lernen, sprechen und verstehen ist zentraler Schlüssel zur Integration. Der Deutschunterricht muss deshalb bereits in Kindertagesstätten und Kindergärten beginnen und sollte auch in den Schulen, der Ausbildung und in allen weiteren Bildungsbereichen fortgeführt werden.

Die Muttersprachen wollen wir dabei nicht vernachlässigen – die Zweisprachigkeit von Kindern hat Entwicklungspotenzial. Deshalb treten wir auch dafür ein, freiwillige Angebote für die wichtigsten Herkunftssprachen wie Türkisch, Arabisch und Russisch auszubauen. In einer Welt zusammenwachsender Wissensgesellschaften ist es schließlich unverzichtbar, mehrere Sprachen zu beherrschen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 haben wir in der rot-grünen Bundesregierung die Sprachförderung in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt. Zuvor hatte der Bund nicht einmal für jede zehnte ZuwanderIn, die neu ins Land kam, einen Deutschkurs organisiert. Heute sollen all diese Menschen – und auch bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten – mindestens so viel Deutsch lernen, wie sie brauchen, um ihren Aufenthalt zu sichern.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass nur wenige KursteilnehmerInnen dieses Ziel tatsächlich erreichen. Deshalb müssen wir das Angebot an Kursstunden umfassend ausweiten. Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen auch besser unterstützt werden, wenn es darum geht, sich um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bewerben oder eine Stelle anzutreten. Die Integrationskurse müssen verstärkt mit Bildungsangeboten in den Bereichen Beruf und Gesellschaft kombiniert und lokal besser mit den Arbeitsagenturen und den Migrationsberatungsstellen vernetzt werden.

Nordrhein-Westfalen: Zweisprachigkeit fördern

In einem Modell mit bundesweitem Vorbildcharakter haben die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in Nordrhein-Westfalen Programme entwickelt, die aufeinander abgestimmt die Sprache fördern:

- „Griffbereit“ führt Kinder im Alter von einem bis drei Jahren sowohl an die deutsche als auch die Herkunftssprache ihrer Eltern heran. Gleichzeitig wird jungen Eltern bei der Erziehung geholfen.
- „Rucksack“ will in Kita, Kindergarten und Grundschule sowohl die deutsche Sprache als auch Kompetenzen in der Muttersprache fördern – sowohl bei Kindern mit Migrationshintergrund als auch bei ihren Eltern. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für die Erstsprache angesprochen und so in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt.
- „KOALA“, kurz für KOordinierte ALphabetisierung im Anfangsunterricht, ist ein Weg, zweisprachige Kinder zweisprachig zu alphabetisieren. Im Zusammenspiel zwischen KlassenlehrerIn und MuttersprachenlehrerIn werden die Kinder sowohl in Deutsch als auch in Türkisch unterrichtet.

Weitere Informationen: www.raa.de

Stuttgart: Kurse perfekt organisiert

Eine Odyssee durch die Behörden kann die Lust auf einen Sprachkurs schnell bremsen. Das will Stuttgart vermeiden: In der Informationsstelle des Stuttgarter Sozialamts finden Migrantinnen und Migranten über eine zentrale Erstberatungsstelle schnellen Zugang zum passenden Kursangebot. Sie bekommen hier einen Überblick über die Träger- und Kursprofile sowie über die aktuellen Termine. Auf kommunaler Ebene führt ein „Kooperationsnetzwerk Sprachförderung“ die lokalen SprachkursanbieterInnen, die RegionalkoordinatorIn des Bundesamtes, die Ausländerbehörde, die Arbeitsagentur, das Sozialamt und die Migrationserstberatung zusammen.

Weitere Informationen: www.stuttgart.de

2. Kita

Spielend integriert – schon im Kindergarten

Der Grundstein für Integration wird schon im Kindergarten und in der Kita gelegt. Parallel mit der Kindertagesbetreuung sollte bereits die Sprachförderung beginnen. Wir setzen uns deshalb für einen Rechtsanspruch auf kostengünstige, ganztägige Betreuungsplätze ein – und zwar schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Und wir befürworten Anreize wie ein beitragsfreies Kindergartenjahr, damit möglichst auch alle sozial schwächeren Familien Kindergartenangebote nutzen können.

Drei Dinge müssen sich in der Kinderbetreuung ändern:

- Generell muss der Bildungsauftrag mehr Gewicht bekommen. Dazu gehört eine vertiefte pädagogische Ausbildung, mit der die ErzieherInnen auf die besonderen Anforderungen etwa hinsichtlich Spracherwerb oder Interkulturalität vorbereitet werden.
- Fachkräfte mit Migrationshintergrund müssen stärker einbezogen werden.
- Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Dazu brauchen wir verbindliche Grundstandards bei Erziehung und Bildung, angemessene Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen und ein effizientes Qualitätsmanagement. Nur dann kann die für den weiteren Lebensweg so wichtige Förderung im Kindergarten erfolgreich gelingen.

Für die Integration der Kinder brauchen wir auch die Eltern. Um ihnen bei der Erziehung und der Familienbildung helfen zu können, wollen wir Kitas und Schulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Dort können zum Beispiel Erziehungspartnerschaften mit den Eltern geschlossen werden. Passend zu den verschiedenen Lebensphasen ihrer Kinder erhalten die Eltern in diesen Zentren einen einfachen Zugang zu den untereinander vernetzten kommunalen Unterstützungsangeboten.

Essen-Katernberg: Viele Hilfen aus einer Hand

Kinder- und Familienzentrum „Blauer Elefant“

„Viele Hilfen aus einer Hand“ – das ist das Motto des Kinder- und Familienzentrums „Blauer Elefant“. Es ist nicht nur eine Kita, sondern zugleich auch eine Erziehungsberatungsstelle sowie ein Kinder- und Jugendtreff. Die vielfältigen Angebote werden auf jedes Kind individuell zugeschnitten: Sprachförderprogramme, Sprachtherapie und Angebote in der Muttersprache sind dabei nur ein Teil der Integrationsarbeit. Integration wird hier vor allem als soziale Aufgabe begriffen – schließlich kennt Armut keinen Pass. Die langen Öffnungszeiten, der verlässliche Abholservice, das Wochenend-Café und die Ferienfreizeiten richten sich generell an alle Eltern, die Gefahr laufen, durch das soziale Netz zu fallen, und an solche, die Hilfe bei der Erziehung benötigen. Zu Recht ist der „Blaue Elefant“ eine von sechs Referenzeinrichtungen in NRW für Kinder- und Familienzentren.

Weitere Informationen: www.kinderschutzbund-essen.de

Berlin: Das Fremde studieren

Interkulturelle Fachhochschulausbildung für Kita-ErzieherInnen

Erstmals in Deutschland wird an der Alice-Salomon-Fachhochschule in Berlin-Hellersdorf ein Bachelor-Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ angeboten. In jedem Modul stehen für die rund vierzig Studierenden pro Jahrgang das Verständnis und die Vermittlung interkultureller Kompetenzen auf dem Studienplan. Dabei geht es beispielsweise darum, sprachliche, aber auch kommunikative und interaktive Fähigkeiten zu erwerben, die Bedeutung kultureller Differenz zu beachten, die Ängste in der aufnehmenden Gesellschaft abzubauen und kompetent mit Selbst- und Fremdbildern, Vorurteilen und Projektionen umzugehen.

Weitere Informationen: www.asfh-berlin.de

3. Schule

Vielfalt im Klassenzimmer – Von den Kulturen profitieren

Das deutsche Bildungssystem benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien – und damit in der Regel auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Statt sie schon früh in Haupt-, Real- und GymnasialschülerInnen zu trennen und damit soziale Unterschiede zu verstärken, sollten Kinder länger gemeinsam lernen. Dabei müssen sie nach ihren jeweiligen Bedürfnissen gefördert werden – nur so können Jungen und Mädchen entdecken, was in ihnen steckt. Eine vielfältige Schülerschaft kann zu besseren Leistungen aller Kinder führen.

Wir müssen sowohl die Struktur als auch die Qualität unserer Schulen verbessern:

- Lehrerinnen und Lehrer müssen lernen, pädagogisch und didaktisch besser auf Kinder aus verschiedenen Kulturen einzugehen. Beim Lehramtsstudium muss Deutsch als Zweitsprache eine größere Rolle spielen. Junge Migrantinnen und Migranten sollen ermutigt werden, LehrerIn zu werden.
- In allen Bildungsstufen muss sowohl die deutsche als auch die Muttersprache gefördert werden. Das geht in Ganztagschulen besser: Dort haben die Kinder nicht nur mehr Zeit für Sprachunterricht, sondern auch mehr Gelegenheit für Gespräche und Kontakte.
- Soll Integration an der Schule gelingen, müssen alle Beteiligten – Kinder, Lehrende und Eltern – zu Dialog und Kompromissen bereit sein. So benötigen wir neue Ansätze und Ideen, um gerade jene Eltern anzusprechen, die sich bislang wenig um die Bildung ihrer Kinder kümmern. Die Jugendlichen sollten so eingebunden sein, dass sie sich mit ihrer Schule identifizieren und den Alltag dort engagiert mitgestalten.
- Um Ausgrenzung zu verhindern, müssen die Schulen gestärkt werden, damit alle Kinder – also auch die muslimischen Schülerinnen – an Klassenfahrten, Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht teilnehmen können.

Mannheim: Von- und miteinander lernen

Freie Interkulturelle Waldorfschule

In der ersten und einzigen interkulturellen Waldorfschule in Deutschland haben nicht nur vierzig Prozent der SchülerInnen, sondern auch mehr als die Hälfte der Lehrkräfte einen Migrationshintergrund. „Förderung statt Auslese“ ist das Motto dieser Ganztags-Gesamtschule. Niemand bleibt sitzen, und lernschwächere Kinder werden nicht auf Haupt- oder Sonderschulen geschickt. Unterschiedliche Kulturen und Fähigkeiten werden als Chance begriffen und genutzt. Gutes Deutsch lernen die Kinder von klein auf durch Gedichte, Lieder und Märchen, aber genauso beispielsweise beim gemeinsamen Bepflanzen des Gartens. Auch wenn zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, gelingt es Kindern auf diese Art nachweislich sehr schnell, sprachliche Defizite zu überwinden. Je nach Herkunft der Schülerinnen und Schüler stehen zusätzlich auch Sprachen wie Polnisch, Russisch oder Türkisch auf dem Stundenplan.

Weitere Informationen: www.fiw-mannheim.de

Berlin-Kreuzberg: Paten für gutes Deutsch

Otto-Wels-Grundschule

Zwölf ausgebildete ehrenamtliche LesepatInnen und 17 studentische MentorInnen stehen hier den SchülerInnen zur Seite, die zu 90 Prozent ausländische Wurzeln haben. Die Schule fördert auch das gemeinsame Lesen und die Unterhaltung in deutscher Sprache daheim. So bekommen beispielsweise Familien für zwei Wochen einen mit Büchern und Lesedecke bestückten Koffer mit nach Hause. Die Eltern haben außerdem die Möglichkeit, in unterrichtsbegleitenden Kursen Deutsch zu lernen. Um Väter und Mütter von der ersten Klasse an stärker in die Arbeit der Schule einzubinden, schloss sie 2006 mit dem Türkischen Elternverein einen Kooperationsvertrag.

Weitere Informationen: www.ottowels.cidsnet.de

4. Berufsausbildung

Ausbildung sichern – Diskriminierungen abbauen

Nach einer guten Schulbildung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung der nächste Eckpfeiler für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Derzeit ist die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund katastrophal: 40 Prozent erhalten keine weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung. Selbst hoch motivierte junge Menschen mit gutem Schulabschluss werden wegen ihrer Herkunft benachteiligt. Junge Migrantinnen besuchen zwar häufiger weiterführende Schulen und haben in der Regel bessere Schulabschlüsse als ihre männlichen Mitschüler – dennoch wählen sie oft Berufe, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen.

Das müssen wir ändern:

- Jugendliche ohne weiterführende Ausbildung müssen einen Schulabschluss nachholen oder sich zumindest auf einem Berufsfeld weiter qualifizieren können.
- Interkulturelle Kompetenz und Zweisprachigkeit von jungen Migrantinnen und Migranten muss als Pluspunkt in der Ausbildung berücksichtigt und in Zeugnissen belegt werden.
- Netzwerke von Schulen und der Bundesagentur für Arbeit müssen gegensteuern, wenn selbst Migrantinnen mit guten Abschlüssen und hoher Motivation benachteiligt werden. Auch Unternehmerinnen und Unternehmer – ob sie nun einen Migrationshintergrund haben oder nicht – können ihren Beitrag leisten.
- Die Berufsberatung an Schulen muss früher beginnen und geschlechtsneutral sein. Die Eltern müssen in verständlicher Form über das deutsche Ausbildungssystem informiert und als PartnerInnen für eine bestmögliche und zukunftssträchtige berufliche Ausbildung ihrer Kinder – gerade auch ihrer Töchter – gewonnen werden.
- Der öffentliche Dienst muss sich aktiv um Jugendliche mit Migrationshintergrund bemühen, die bisher als Beschäftigte dort stark unterrepräsentiert sind.

Mannheim: Hilfe auf dem Weg in den Beruf

Interkulturelles Bildungszentrum (ikubiz)

Mit einfallsreichen Ansätzen hilft das Zentrum seit 1983 Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Ausbildung und beim Einstieg in den Beruf. Die Unterstützung fängt schon bei den Kleinsten an: Im Leseladen können Kinder zusammen mit ihren Müttern Deutsch lernen. Ab der fünften Klasse ist das ikubiz an 16 Haupt- und acht Berufsschulen aktiv. Eines der vielen Angebote ist das „Frühwarnsystem“, das hilft, sich abzeichnende Probleme bei der Ausbildung rechtzeitig zu erkennen und gemeinsam mit SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu lösen. In der „Mädchenwerkstatt“ können sich Mädchen an der Werkbank erproben oder fit am Computer werden. So sollen die jungen Frauen neue Ideen für ihre Berufswahl bekommen. Seit über zehn Jahren gibt es zudem einen Verbund mit Unternehmen, um Jugendlichen aus Migrantenfamilien zu einem Ausbildungsplatz zu verhelfen.

Weitere Informationen: www.ikubiz.de

Berlin: Orientierung im Bildungsdschungel

KUMULUS

Seit 1993 berät KUMULUS Jugendliche und Eltern mit ausländischen Wurzeln in allen Fragen rund um die Bildung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind selbst unterschiedlichster Herkunft. An Oberschulen informieren sie über Wege zur schulischen und beruflichen Ausbildung. Gezielt sprechen sie aber auch die Eltern an – wenn erforderlich auf arabisch, türkisch oder russisch. KUMULUS hilft ganz konkret: Die Beratungsstelle vermittelt Ausbildungsplätze und Praktikumsstellen, stellt Kontakte her zu Institutionen und Ämtern, und betreut die Jugendlichen während der Ausbildung.

Weitere Informationen: www.aub-berlin.de

5. Arbeitsmarkt

Weiterbilden und beraten – Integration durch Arbeit

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist elementar für die Integration. Wer aufgrund seiner Herkunft keine Chance auf Arbeit hat, dem bleibt auch die Teilhabe an der Gesellschaft versagt. Mit einem Bündel an Maßnahmen müssen wir MigrantInnen fit machen für den Job:

- Grundvoraussetzung für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt sind ausreichende Sprachkenntnisse. Dafür brauchen wir berufsbezogene Deutschkurse. Integrationslotsen sollen MigrantInnen in Fragen der beruflichen Integration kompetent beraten.
- Die Arbeitsagenturen sollen bei Vermittlung und Beratung die individuellen Stärken von Migrantinnen und Migranten intensiver fördern und helfen, Hürden abzubauen.
- Die berufliche Aus- und Weiterbildung wollen wir gezielt fördern. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sollen umfassend am lebensbegleitenden Lernen inner- und außerhalb der Betriebe teilnehmen. Qualifikationen, die sie bereits aus dem Ausland mitbringen, müssen auch hierzulande besser anerkannt werden.
- Den öffentlichen Dienst müssen wir systematisch öffnen – hier ist der Anteil nichtdeutscher Beschäftigter so gering wie in keinem anderen Wirtschaftszweig. Fremdsprachen und interkulturelle Kompetenzen sollten positive Einstellungskriterien sein. Kampagnen und Bewerbungstrainings sollen sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund richten.
- Unternehmensgründungen von MigrantInnen wollen wir fördern, gerade auch von Frauen. Über die Möglichkeit zur Existenzgründung müssen sie besser informiert werden als bisher, sie brauchen mehr Beratung und eine einfachere Genehmigung. Auch die Förderung solcher Vorhaben müssen wir erleichtern, vor allem den Zugang zu Mikrokrediten.

Osnabrück: Anerkennung für AkademikerInnen

Graduierte für Europa

An der Fachhochschule Osnabrück können ZuwanderInnen mit entsprechenden Vorqualifikationen in einem Weiterbildungsstudiengang einen „Master of Business Administration“ erwerben und sich so für den europäischen Arbeitsmarkt qualifizieren.

Weitere Informationen: www.equal-genia.de

Bundesweit: Netzwerk für bessere Chancen

MigraNet

In diesem Netzwerk haben sich 14 Initiativen in vier Städten zusammengeschlossen. Ihr gemeinsames Ziel: die beruflichen Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Kleine und mittlere Unternehmen werden motiviert, Personal aus anderen Kulturen einzustellen. Arbeitssuchenden hilft MigraNet, ihre Fähigkeiten einzuschätzen und sich bei der Weiterbildung zu orientieren.

Weitere Informationen: www.migranet.org

Osnabrück: Führung übernehmen

Interkulturelle Qualifizierung der Stadtverwaltung

Mit diesem einmaligen Mentoringprogramm sollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund für Führungspositionen qualifiziert werden. Zudem will die Stadtverwaltung so auch ihre interkulturellen Servicequalitäten verbessern.

Weitere Informationen: www.equal-osnabrueck.de

Nordrhein-Westfalen: Starthilfe für GründerInnen

Regionale Transferstelle zur Förderung Selbstständiger

Die Institution berät seit mehr als zehn Jahren MigrantInnen, die ein Unternehmen gründen wollen. Sie hilft den GründerInnen, ein Konzept auszuarbeiten und informiert sie über Förderung, Finanzierung, Qualifizierung und Weiterbildung. Vier von zehn InteressentInnen sind inzwischen gut ausgebildete Frauen.

Weitere Informationen: www.retra.de

6. Prävention von (sexueller) Gewalt

Gewaltfrei und selbstbestimmt – Rollenmuster aufbrechen

Männer und Frauen sind gleichberechtigt und gleichgestellt – das sind Grundwerte unseres Grundgesetzes. Mädchen und Frauen müssen selbst über ihr Leben bestimmen, ihre Persönlichkeit frei entfalten und in vollem Umfang an dieser Gesellschaft teilhaben können. Wir müssen alles dafür tun, um Migrantinnen diese Rechte zu gewähren und sie vor Gewalt zu schützen. Bessere Aufenthaltsrechte, Prävention an Schulen, überall verfügbare Beratung und leicht zugängliche Schutzprogramme sind dafür notwendig.

Um Gewalt in Familien vorzubeugen und arrangierte Zwangsehen zu verhindern, müssen wir uns um Fragen der Erziehung kümmern. Integrationsangebote für Mütter und Väter können helfen, gewaltfreie Erziehungsmethoden und Toleranz gegenüber selbst bestimmten Lebensentwürfen der Kinder zu vermitteln. Medienkampagnen, die sich an Migrantenfamilien richten, sind ein geeignetes Mittel, um diese Themen anzusprechen.

Eine effektive Präventionsarbeit setzt auch bei den Jungen an, die häufig vorgelebte patriarchale Rollenmuster übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass sie ihren Schwestern oder Freundinnen gegenüber gewalttätig werden. In einigen Fällen sind aber Jungen genauso Opfer häuslicher Gewalt. Eine gute Jungenarbeit muss hier ansetzen.

München: Mädchen und Jungen schützen

AMYNA – Verein zur Abschaffung von sexuellem Missbrauch und sexueller Gewalt

Dieses Projekt kümmert sich um den Schutz von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund vor sexualisierter Gewalt. Auf Elternabenden informiert AMYNA Mütter und Väter aus dem islamischen Kulturkreis, wie sie ihre Kinder durch präventive Erziehung schützen können. Ein Schwerpunkt ist die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

Weitere Informationen: www.amyna.de

Berlin: Ansprechpartner für heikle Fragen

Peers in the City

Hundert Jugendliche aus den Berliner Bezirken Kreuzberg und Neukölln beschäftigten sich in dem Projekt mehrere Tage mit Themen wie Geschlechterrollen, Identität, Gewalt und Sexualität. In nach Geschlechtern getrennten Kursen ließen sich die Haupt- und GesamtschülerInnen zu sogenannten Peer-Educators ausbilden. Als MultiplikatorInnen können sie nun andere Jugendliche mit Theaterstücken oder Filmen ansprechen. 2006 wurde „Peers in the City“ dafür mit dem Preis „Neue Wege für Jungs“ geehrt.

Weitere Informationen: www.bildungsteam.de

Hannover: Hilfe für Opfer und Täter

Männerbüro Hannover e. V.

Das Männerbüro ist eine in Deutschland einzigartige Einrichtung. Sowohl Jungen und Männer, die sexuelle Gewalt erleben mussten, als auch jene, die gewalttätig sind, finden hier Beratung und Therapieangebote – auch in ihrer Muttersprache. Darüber hinaus sind Männlichkeitsideale, Zwangsehen, Fluchterfahrungen und Fragen wie die nach Ehe und Familie im Islam Themen im Männerbüro. Das Präventionsangebot richtet sich gezielt an Jungen mit Migrationshintergrund. Gruppenkurse sollen ihnen helfen, Konflikte ohne Gewalt zu bewältigen.

Weitere Informationen: www.maennerbuero-hannover.de

7. Staatsangehörigkeitsrecht

DeutscheR werden – Einbürgerungen weiter erleichtern

Das noch aus dem Kaiserreich stammende deutsche Staatsangehörigkeitsrecht haben wir gleich zu Beginn der rot-grünen Koalition von Grund auf reformiert: Entscheidend für die deutsche Staatsangehörigkeit ist seither entweder die Herkunft der Eltern oder der Ort der Geburt. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten somit automatisch mit der Geburt einen deutschen Pass, sofern sich zumindest ein Elternteil acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten hat.

Diese Reform hat staatspolitisch eine enorme und langfristige Wirkung. Denn sie verändert unser Verständnis darüber, wer Deutsche bzw. Deutscher ist. Deutschland hat sich damit dem republikanischen Staatsbürgerschaftsverständnis angepasst, das uns in vielen anderen EU-Ländern schon seit langem vorgelebt wird.

Unsere Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes war ein entscheidender gesellschaftspolitischer Fortschritt. Wir haben damit das Recht an die elementaren Notwendigkeiten eines Einwanderungslandes angepasst. Unser Anliegen, neben der deutschen zugleich auch eine zweite Staatsangehörigkeit zu ermöglichen, war gegen den Widerstand von Union und FDP allerdings nicht durchzusetzen. Sie haben mit dem sogenannten Optionsmodell das Gegenteil erreicht, sodass sich junge DoppelstaatlerInnen an ihrem 23. Geburtstag entweder für ihren deutschen oder den anderen Pass entscheiden müssen.

Wir schlagen einen gesellschaftlichen Integrationsvertrag vor, mit dem wir MigrantInnen neue Angebote machen und sie zugleich dazu bringen, ihren Teil zur Entwicklung des Landes beizutragen. Dazu müssen wir die Einbürgerungspolitik weiterentwickeln. Denn wir haben in Deutschland nicht zu viele, sondern im internationalen Vergleich immer noch zu wenige Einbürgerungen. Deshalb haben wir 2006 einen umfassenden Gesetzentwurf vorgelegt, der folgende Kernpunkte umfasst:

- Die Fristen für die Einbürgerung werden von acht auf sechs Jahre verkürzt.
- Ein Kind soll bei einer Geburt im Inland auch dann schon Deutsche oder Deutscher sein, wenn sein Vater oder seine Mutter eine Niederlassungserlaubnis besitzt – egal, wie lange er oder sie hier lebt.
- Die doppelte Staatsbürgerschaft wollen wir grundsätzlich zulassen. Übergangsweise sollten zumindest EU-BürgerInnen, SchweizerInnen und Angehörige bestimmter, besonders eng assoziierter Staaten wie der Türkei generell die Möglichkeit haben, ihre alte Staatsangehörigkeit zu behalten. Zudem sollte klargestellt werden, dass ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Wiederannahme einer anderen Staatsangehörigkeit erst nach einer entsprechenden Behördenfeststellung wirksam werden kann – TürkInnen war in den letzten Jahren massenhaft ihre deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden.
- Eine möglicherweise rechtswidrige Einbürgerung soll nur binnen fünf Jahren widerrufen werden können. Das gebietet insbesondere die Sorge um das Schicksal etwaiger Kinder.
- Schutzbedürftige Gruppen wie beispielsweise Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention brauchen einen verbesserten Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Ein Einbürgerungsantrag von Flüchtlingen darf nicht – wie bisher in Deutschland üblich – zum Anlass genommen werden, die Anerkennung als Flüchtling zu überprüfen.

8. Partizipation

Mitmachen und mitbestimmen – politisch dazugehören

Integration zu fördern heißt auch, Migrantinnen und Migranten am Prozess der politischen Willensbildung zu beteiligen. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich auch damit identifizieren. Deshalb wollen wir zugewanderten Frauen und Männern neue Wege eröffnen und sie ermutigen, sich an ihrem Wohnort und in ihrem Stadtteil politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Wir begrüßen es, wenn sich Menschen aus anderen Kulturen im Rahmen unserer Verfassung für ihre Interessen einsetzen und in Verbänden zusammenschließen. Besonders positiv ist es, wenn sie sich über ihre berechtigten eigenen Belange hinaus auch für allgemeine gesellschaftliche Themen stark machen – das zeigt, wie sehr sie zur Gesellschaft gehören und wie unverzichtbar sie bereits für den politischen Diskurs geworden sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten schneller als bisher die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können. Aber auch die Rechte von Migrantinnen und Migranten, die schon lange in Deutschland leben, jedoch keinen deutschen Pass haben, müssen ausgeweitet werden – über ein kommunales Wahlrecht hinaus.

Nürnberg: ExpertInnen für die Nachbarschaft

Südstadtkids

Sie sind HauptschülerInnen, die Eltern der meisten stammen aus dem Ausland, und sie sind engagiert. Fünfzig Mädchen und Jungen der Nürnberger Schule am Hummelsteiner Weg haben sich in den vergangenen sechs Jahren als „Südstadtkids“ ausbilden lassen. Sie führen GymnasiastInnen aus anderen Stadtteilen durch ihr Viertel und zeigen ihnen, was Migration für sie bedeutet. Oder sie organisieren Elternabende, auf denen sie das deutsche Bildungssystem erklären. Wenn sie Radiosendungen produzieren, verbessern sie nebenbei ihr Deutsch, das Programmieren von Websites ist Berufsvorbereitung, die Spaß macht und belohnt wird: Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung verlieh den „Südstadtkids“ den Innovationspreis.

Weitere Informationen: www.suedstadtkids.de

Berlin: Imece heißt gemeinsam anpacken

Quartiersmanagement Wrangelkiez

Fast 40 Prozent der Menschen im Berliner Wrangelkiez haben einen Migrationshintergrund. Das Quartiersmanagement bemüht sich seit 1999, das Viertel für BewohnerInnen und Geschäftleute attraktiver zu machen. Dazu gehören eine Bildungsoffensive mit Eltern-Kind-Angeboten für besseres Deutsch und Theaterprojekten in Kitas. Türkischstämmige EinwohnerInnen werden für die Mitarbeit in ihrem Kiez mobilisiert – nach einem Vorbild aus der Türkei: „Imece“ heißen dort auf dem Land Gemeinschaftsaufgaben, die mit vereinten Kräften erledigt werden.

Weitere Informationen: www.quartiersmanagement-wrangelkiez.de

Bochum: Tipps für engagierte MigrantInnen

Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen

Die Nachfrage ist groß und steigt weiter: Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 haben sich mehr als 200 Selbstorganisationen von MigrantInnen an die bundesweit einzigartige Beratungsstelle in Bochum gewandt. Hier erhalten sie Tipps, wie sie ihr Engagement professioneller und wirkungsvoller gestalten können – das nutzt auch der Öffentlichkeit und Verwaltung.

Weitere Informationen: www.paritaet-nrw.org

9. Kommunale Integration

Im Stadtteil klarkommen – Integration beginnt vor Ort

Internationalität, kulturelle Vielfalt und Offenheit für verschiedenste Lebensweisen machen Städte attraktiv. Ein harmonisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, eine gelungene Integration also, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden. Integrationsarbeit findet vor allem in den Kommunen statt. Hier sind die Folgen einer erfolgreichen oder einer verfehlten Integrationspolitik am schnellsten und am unmittelbarsten spürbar.

Erfreulicherweise findet die kommunale Integrationspolitik in den letzten Jahren immer größere Beachtung. Bewährt haben sich Integrationsleitstellen, die möglichst weit oben in der Verwaltungshierarchie angesiedelt sind. Sie können Maßnahmen zur Integration am besten koordinieren, Zuständigkeiten bündeln und öffentliche und private AkteurInnen vernetzen.

Wichtig ist dabei zweierlei:

- Integrationsarbeit muss in den Stadtvierteln beginnen, in denen viele arme und sozial benachteiligte Menschen leben. Hier brauchen wir Schulen und Jugendeinrichtungen mit ausreichend PädagogInnen und SozialarbeiterInnen. Familien und schon kleine Kinder müssen dort besonders gefördert werden. Auch berufliche Ausbildung und lokale Wirtschaft benötigt in solchen Stadtteilen intensive Unterstützung. Mit der Diskriminierung zum Beispiel bei der Wohnungssuche muss Schluss sein.
- Der öffentliche Dienst in den Kommunen muss sich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund öffnen. Das gebietet zum einen die Gerechtigkeit. Zum anderen kann nur so sichergestellt werden, dass MigrantInnen ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt werden.

Essen: Eine Zentrale für Integration

Interkulturelles Büro der Stadt

Mehr als ein Fünftel der Essener Familien haben einen Migrationshintergrund. Im städtischen Büro für interkulturelle Arbeit schlossen sich 1999 der Ausländerbeirat und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zusammen. Hier sind seitdem alle Bemühungen um ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben aller Kulturen der Stadt gebündelt. Das Büro entwickelt und erprobt neue Integrationsangebote, koordiniert Initiativen und kontrolliert die Umsetzung.

Weitere Informationen: www.essen.de

Stuttgart: Vielfalt als Potenzial

Stabsstelle Integration der Stadt

Kulturelle Vielfalt wird in Stuttgart als wichtiges Entwicklungspotenzial begriffen. Die Stadt will ihre Verwaltung deshalb internationaler und interkultureller ausrichten. Zuständig dafür sind die fünf MitarbeiterInnen der Stabsstelle Integration, die beim Oberbürgermeister angesiedelt ist.

Weitere Informationen: www.stuttgart.de

Wuppertal: Eigeninitiative stärken

Ressort Zuwanderung und Integration

Ein vielsprachiges Willkommen empfängt Besucher der Website für Integration in Wuppertal. 2002 gründete die Stadt ein eigenständiges Ressort, das das Ausländeramt und andere für die Integration relevante Stellen der Verwaltung bündelt. Dort finden nicht nur Migrantinnen und Migranten sowie deren Organisationen Beratung, das Ressort bietet beispielsweise auch Fortbildungen für interkulturelle Pädagogik an. Ein weiteres Anliegen ist es, die Beteiligung und das Engagement von Migrantinnen und Migranten zu fördern.

Weitere Informationen: www.integration-in-wuppertal.de

10. Integration des Islam

Gleiche Rechte für alle Religionen – den Islam gleichstellen

Die Zuwanderung hat nicht nur fremde Kulturen sondern auch Religionen nach Deutschland gebracht. Die größte Gruppe bilden die MuslimInnen. Um sie zu integrieren, ist die rechtliche Gleichstellung des Islam unser Ziel.

Die religiösen Bedürfnisse von MuslimInnen in allen Lebensbereichen müssen genauso berücksichtigt werden wie die von ChristInnen oder Juden und Jüdinnen. Dies gilt beispielsweise für die seelsorgerische Betreuung in Krankenhäusern, Gefängnissen, Seniorenheimen oder bei der Bundeswehr. In Schulen soll deutschsprachiger islamischer Religionsunterricht genauso wie der für christliche und jüdische Kinder angeboten werden. Nicht zuletzt deswegen muss die Ausbildung von Imamen und muslimischen ReligionslehrerInnen an deutschen Universitäten eingeführt beziehungsweise deutlich ausgebaut werden. Dafür brauchen wir Lehrstühle für islamische Theologie.

Für einen fruchtbaren Dialog und eine erfolgreiche Zusammenarbeit des Staates mit der islamischen Bevölkerung benötigen wir demokratisch legitimierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die die Musliminnen und Muslime in unserer Gesellschaft vertreten.

Islamische Strömungen, die Rassismus, Antisemitismus oder die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen propagieren, haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Von allen Menschen, die in Deutschland leben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen.

Mannheim: Eine Moschee öffnet sich

Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit

Ein Schwerpunkt der Arbeit des 1995 gegründeten Instituts ist das Projekt „Offene Moschee“. 300.000 Interessierte haben bisher die Mannheimer Yavuz-Sultan-Selim-Moschee besucht – nicht-muslimische Frauen dürfen das Gotteshaus inzwischen sogar ohne Kopftuch betreten. Gleichzeitig organisiert das

Institut auch Besuche von MuslimInnen in Kirchen und Synagogen. Christlich-islamische Schulgottesdienste bringen schon Kindern die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Religionen nahe. Das Institut berät auch konkret, wie muslimische Bräuche und Feste in den Alltag von Kindergärten und Schulen integriert oder Trauungen von ChristInnen und MuslimInnen gestaltet werden können.

Weitere Informationen: www.institut-mannheim.de

Duisburg: Begegnung unterm Minarett

Begegnungsstätte an der Moschee Duisburg-Marxloh

Die islamische Gemeinde Duisburg-Marxloh nutzt den Neubau ihrer Moschee, um einen Ort der Begegnung zwischen muslimischen und andersgläubigen BewohnerInnen des Viertels zu schaffen. Im Norden der Stadt entsteht nicht nur ein Gotteshaus mit Kuppeln und Minarett, sondern auch ein Zentrum für den interkulturellen Dialog. Um dieses Ziel zu erreichen und dem Projekt eine breite Basis zu geben, hat die Gemeinde einen Beirat eingerichtet, in dem auch christliche Kirchen, Vereine, Parteien, NachbarInnen und Kaufleute vertreten sind.

Weitere Informationen: www.ditib-du.de

Adressen

Die grüne Integrationstour: Weitere besuchte Projekte

- Anleitung zum Fremdgehen – ein Projekt des Institut für Interkulturelle Kommunikation an der Uni Passau. www.inkup.uni-passau.de
- Arbeit und Bildung International – Erfurt. www.ab-international.dgb-bwt.de
- Arbeitskreis Neue Erziehung – Berlin. www.ane.de
- Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen – Köln. www.bmf-koeln.de
- berami – Berufliche Integration von Migrantinnen – Frankfurt/M. www.berami.de
- Damenmaßschneiderei „La Silhouette“ – München. info@la-silhouette.de
- GEMIDE – Hannover www.gemide.org
- HIPPY – Sprach- und Erziehungshilfe Hamburg. www.hippy-deutschland.de
- Interdisziplinäres Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen der Uni Oldenburg. www.uni-oldenburg.de
- Interkulturelle Gesundheit in München. Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt München, T. 089/233 475 65
- Interkulturelle Straßenfußballliga „Bunt kickt gut“ – München. www.buntkicktut.de
- Interkultureller Arbeitskreis „Gemeinsam-Leben-Lernen“ – Passau. www.equal-ostbayern.de
- Interkulturelles Bildungswerk „Horizont“ Ansbach. T. 0981/97 22 880
- Interkulturelles Stadtteilzentrum – Mainz-Neustadt. www.arbeit-und-leben.de
- Inssan – Für kulturelle Interaktion – Berlin. www.inssan-ev.de
- Institut zur Förderung von Bildung und Integration – Mainz. www.inbi-mainz.de
- Integrationskurse an der Volkshochschule Wetzlar. www.vhs-wetzlar.s-w-k.com
- Islamisches Kulturzentrum an der Moschee – Höhr-Grenzhausen. T. 02624/41 22
- Jüdische Gemeinde – Frankfurt/M. www.jg-ffm.de
- Jugendnetzwerk – Essen-Katernberg. www.awo-essen.de

- Jugend- und Kulturzentrum „Zweite Heimat“ – Höhr-Grenzhausen. www.juz-zweiteheimat.de
- KENDI – Mentorenprojekt Hamburg www.verikom.de/kendi.html
- Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße – Berlin. www.pfh-berlin.de
- Kindersprachbrücke e.V. – Jena. www.kindersprachbruecke.de
- Kolpingschule – Aschaffenburg. www.kolpingschule-aschaffenburg.de
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – Berlin. www.kiga-berlin.org
- Multikulturelles Seniorenzentrum „Am Sandberg“ – Duisburg. www.drk-nordrhein.net/haus-am-sandberg/home.html
- Nachbarschaftszentrum „Multikulturelle Nordstadt“ – Wuppertal. www.wuppertal.de/raa
- Nachbarschaftszentrum Niedergirmes – Wetzlar. ev-gemeinde-ng@t-online.de
- Privatschule „Bildungs- und Informationszentrum Landhaus“ – Stuttgart. www.bil-privatschule.de
- Selbsthilfe Arbeitsmarktzugang und Gesundheit für Asylsuchende – Osnabrück. www.equal-saga.info
- Streetsoccer Liga Hamburg. www.streetsoccer-hamburg.de
- Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen – Köln. www.lernhaus-koeln.de
- Türkischer Elternverein Berlin. T. 030/614 32 99
- Zentrum für interkulturelle Bildung & Begegnung – Gießen. www.zibb-giessen.de
- Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. – München. www.kikus-muenchen.de

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Josef Winkler MdB

Sprecher für Migrationspolitik, Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog

Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht & Gesellschaftspolitik

Platz der Republik 1

11011 Berlin

T. 030 / 227 56789

F. 030 / 227 56552

E-Mail: info@gruene-bundestag.de